



Russland, LTCM oder Technologie: Immer wiegte sich eine zu grosse Anzahl von Leuten, von Akteuren jeglicher Art und Grösse, in einer letztlich illusionären Sicherheit. Man verliess sich auf eine lineare Fortsetzung des Bisherigen oder glaubte an Garantien, die es als solche und in dieser Grössenordnung gar nicht geben kann. „Alles in der Welt lässt sich ertragen, nur nicht eine Reihe von schönen Tagen“ (Goethe) bewahrheitet sich offenbar auch in wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragen, und wenn Institutionen wie der Weltwährungsfonds darauf ausgelegt sind bzw. ihre Aufgabe so interpretieren, dass sie möglichst lange Reihen an unproblematischen Tagen zu produzieren haben, dann wird es besonders gefährlich. Als nicht minder verheerend haben sich trendverlängernde, die Extrapolation pseudoparadiesischer Zustände herbeischwatzende Praktiken des Investmentbanking-Kartells angesichts des nachfolgenden Nasdaq-Crashes erwiesen.

Jede der Krisen der letzten Jahre beendete auf irgendeine Weise einen Zustand *aufgestauter Illusionen*. Das kann auch von den politischen Ereignissen gesagt werden. Die Terrorakte vom 11. September 2001 haben anschaulich vor Augen geführt, dass das von Fukuyama im Jahr 1989 prophezeite vermeintliche Ende der Geschichte mit dem Sieg der Demokratie in Osteuropa nicht eingetreten ist. Nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Warschauer Pakts herrschte für eine gewisse Zeit vielleicht so etwas wie ein Vakuum an geschichtsträchtigen Ereignissen, ein Ausbleiben von Eruptionen der Gewalttätigkeit, von sinnlos erscheinender Störung des friedlichen Zusammenlebens der Menschen untereinander. So, als wären die Verhältnisse auf der Welt bereits ausgeglichen genug, dass ein solcher Friede ein für alle insgesamt akzeptabler Zustand wäre, oder so, als wären akzeptablere Zustände durch einen evolutiven Prozess innerhalb nützlicher Frist erreichbar. Und so, als gäbe es bereits so etwas wie einen „Welt-Ethos“, einen Minimalkodex also, dem sich Menschen jeglicher Denkart und Religion unterordnen können. Der 11. September und alles, was an Terrorakten darauf folgte, zerstörte die diesbezüglichen Illusionen brutal und nachhaltig. Diese Vorkommnisse stellen nicht bloss einfache Störungen der demokratischen Ordnung dar, sondern haben das Potenzial, die Grundfeste der von Fukuyama als Siegerin erklärten „liberal democracy“ zu erschüttern. Ein Ende der Geschichte kann somit beim besten Willen nicht in Sicht sein! Die Erkenntnis muss deshalb lauten: Es gibt auf der Welt Menschen, Gruppierungen und Organisationen, die, aus

welchen unter- oder übergeordneten Gründen auch immer, weder die mehr oder weniger demokratisch-evolutive Weltordnung noch irgendwelche ethischen Minimalstandards akzeptieren. Sie nehmen Geiseln, sie morden Unbeteiligte, ja, sie handeln nicht einmal rational zu ihrem eigenen unmittelbaren Nutzen, sondern bringen sich ohne viel Aufhebens gleich auch noch selber um. Schlimmer könnte der Gegner für die Anhänger einer offenen, freiheitlichen Zivilgesellschaft nicht sein.

Der Irak-Krieg schliesslich beendete die Illusion, eine Grossmacht könne längerfristig ohne direkte Machtanwendung auskommen und in ihrer Handlungsfreiheit durch ein Netz multilateraler Organisationen eingeschränkt und diszipliniert werden. „Irak“ war diesbezüglich ein Befreiungsschlag der Vereinigten Staaten aus der internationalen Verstricktheit, ausgeführt an einem offensichtlich noch schwächer als gedachten Objekt. Dass sich die Kampagne nun im nachhinein als doch risikoreicher und mühseliger erweist, entkräftet diese Interpretation nicht. Seit März 2003 ist die Geschichte, wie sie immer war, zurückgekehrt: Zustände ohne durch Gewaltmittel praktizierte Machtanwendung sind illusionär, sind historische Episoden ohne jegliche Nachhaltigkeit.

## **2. Das Ende von Illusionen – eine Katastrophe?**

Eine Reihe von schönen Tagen sei schwer zu ertragen, sagte Goethe und sagen wir. Daraus folgt, dass die Beendigung eines Zustands illusionärer „schöner Tage“ nicht insgesamt eine un gute Angelegenheit sein kann. Eine schmerzliche zwar, weil die Beendigung in der Regel mit drastischer Vermögensvernichtung oder, schlimmer noch, mit massenhaft Todesopfern verbunden ist. Ohne die Beendigung würde aber die „Reihe von schönen Tagen“ nur noch viel länger fortgesetzt, noch mehr Menschen verliesen sich auf illusionäre pseudoparadiesische Zustände, und am Ende wäre dann tatsächlich das System in seiner Gesamtheit gefährdet.

Es ist schwierig, in diesem Zusammenhang nicht zynisch zu wirken. Aber es gibt ohne Zweifel einen Feed-Back-Mechanismus zwischen der Abfolge von Unterbrüchen „schöner Tage“ und der Gesundheit eines Systems. Wer als Anleger das Börsengeschehen etwas kennt, der weiss um die Notwendigkeit von manchmal drastischen Kursabschlägen, damit sich das Finanzsystem nicht durch unkontrollierte Risikonahme seiner Teilnehmer auszuhebeln droht. Weshalb die Risikonahme? Weil sie sich bis ganz kurz vor Eintreffen der Katastrophe lohnt. Je früher der

Einbruch, desto weniger schlimm seine Auswirkungen. So war es 1997/98 höchste Zeit, die Illusion zu beenden, der Internationale Währungsfonds könne einfach allen Schwellenländern, von Malaysia über Thailand bis nach Russland, als faktischer Garant zur Seite stehen. Diese Pseudogarantie war Ursache gigantischer Risikoprävention mittels Währungsspekulationen. Die Beendigung der Illusion des „Bailing Out“ gefährdeter Länder durch den IMF führte in der ersten Phase zu happyen, ja katastrophalen Verlusten sowohl bei Gläubigern als auch in den Schuldnerländern. Heute, sechs oder sieben Jahre später, stehen alle diese Länder nicht nur deutlich besser da – einzelne unter ihnen gehören heute zur Gruppe, die man „Lokomotive der Weltwirtschaft“ nennt. Wer hätte 1997/98 so etwas gedacht, ja prognostiziert?

Es könnte sein, dass wir in ein paar Jahren auch anders über die Geschehnisse vom 11. September 2001 oder über den Irak-Krieg nachdenken. Der Al-Kaida-Terror könnte beispielsweise zur Einsicht führen, dass es für den zivilisierten Westen nicht genügt, sich auf die Existenz eines unverbindlich definierten „Welt-Ethos“ zu verlassen, darüber hinaus aber den Wertefragen, die am Ende halt immer im Bekenntnis zu einer Religion oder einer Ideologie münden, tunlichst aus dem Wege zu gehen. Oder etwas konkreter formuliert: Es könnte sein, dass die Herausforderung durch die totalitäre Lesart des Islams mit all seinen unvorstellbar unfreiheitlichen praktischen Auswirkungen, beispielsweise in der Behandlung der Frauen, dazu führt, dass im zivilisierten Westen die lasche Wertevielfalt einem selbstbewussteren Denken in der abendländischen und aufgeklärten Tradition weicht. Der Irak-Krieg seinerseits dürfte als Langzeitfolge das Bemühen nach sich ziehen, das Machtmonopol der USA zu brechen. Reiner Multilateralismus wird dafür nicht genügen – neue Machtzentren, China, Russland zusammen mit Europa vielleicht, werden sich bilden müssen.

Mit anderen Worten sind „Katastrophen“, abgesehen von ihren unmittelbaren Auswirkungen, in zweierlei Hinsicht alles andere als katastrophal. Erstens zeigen sie die effektive Stabilität eines Systems auf, testen sie sozusagen. Zweitens bewirken sie Veränderungen im Denken, die wegführen von allzu lange als Tatsachen hingenommenen Illusionen. Der Zustand darnach ist ehrlicher, vorausgesetzt, man lebt noch.

### 3. Die Crux mit der Prävention

Es sei schwierig, im Zusammenhang mit Katastrophen und ihrem Feed-Back-Mechanismus

nicht zynisch zu wirken, wurde oben gesagt, und es muss deshalb nachgeholt werden, was Katastrophen und Krisen am unmittelbarsten ausmacht: die grossen, groben, hässlichen Auswirkungen, die „Kosten“ an Leib, Leben und Gut vieler Menschen. Die vielen tausend Menschenleben, die der 11. September gefordert hatte, die vernichteten Existenzen in Malaysia, Thailand und der Türkei, welche die Krise von 1997 nach sich gezogen hatte, die hohen Verluste der Anleger im Verlaufe des Nasdaq-Crashes. Sie lassen den Wunsch, ja die Forderung aufkommen, dass alles daran zu setzen ist, um in Zukunft solches und ähnliches zu verhindern. Prävention heisst das Stichwort.

Der Wunsch nach *Prävention* ist verständlich, aber *nicht zwingend gerechtfertigt*. Denn Prävention setzt voraus, dass man um die Kausalitäten weiss, die zur Krise oder zur Katastrophe geführt haben. Ein einfaches „post hoc, ergo propter hoc“ genügt nicht – nur weil zwei Dinge zeitlich aufeinander folgen, ist noch längst kein ursächlicher Zusammenhang gegeben! Irrtümliche Annahmen einer Kausalität sind eher der Regel- als Ausnahmefall. Zudem wird häufig die Komplexität, ja die Zufälligkeit des Zusammentreffens von Ursachen unterschätzt, und es werden „einfache Zusammenhänge“ angenommen. Der Fall „Enron“ wurde und wird als Kausalitätskette von zu weitmaschigen Buchführungsregeln, unklarer „Corporate Governance“, der Privatisierung eines in die Hand der Öffentlichkeit gehörenden Service Public und einer meilenweit von ethischen Standards entfernten Managermentalität in den USA beschrieben. Niemand denkt daran, dass es unter jeglicher Art von Rahmenbedingungen, ob weit- oder engmaschig, ob staatlich oder privatwirtschaftlich organisiert, einen gewissen Prozentsatz an Kriminalität gibt. Würde man dies anerkennen, würde man also „Unfälle“, kriminelle Machenschaften, Krisen, Katastrophen als Bestandteil der condition humaine akzeptieren, dann würde nur noch interessieren, unter welchen Bedingungen mehr und unter welchen weniger solche Ereignisse zu passieren pflegen. Enron und viele ähnliche Fälle aus dem Jahr 2002 kamen als kriminelle Machenschaften ans Tageslicht, weil durch den Zerfall der Börsenkurse die geschaffenen Löcher nicht mehr halbwegs oder ganz verdeckt werden konnten. So gesehen hat aufgrund einer streng kausalen Argumentation die Aktienbaisse bedeutende „Mitschuld“ am Fall Enron...

Mit „Vision Zero“ wird in der Schweiz, nach schwedischem Vorbild, ein Konzept bezeichnet, mit welchem man künftig die Zahl der Ver-

kehrsunfälle auf ein absolutes Minimum beschränken will. Nun sind im Strassenverkehr die Kausalitäten relativ einfach bestimmbar. Es *gibt* einen Zusammenhang zwischen der Geschwindigkeit von Fahrzeugen und der Zahl von Unfällen, und es *gibt* auch einen Zusammenhang zwischen toleriertem Alkohol und den Verkehrstoten. „Vision Zero“ wird dann erreicht sein, wenn man sämtliche Bürger einer dauernden Alkoholkontrolle unterworfen oder, noch besser, den ganzen Verkehr eliminiert hat. Ohne happige Nebenwirkungen geht es in Sachen Prävention eben nicht ab. Wie viel schwieriger verhält es sich dann aber, wenn die Prävention Sachgebiete betreffen soll, bei denen die Kausalitäten weit weniger klar sind als im Verkehr?

Ist Enron in Zukunft zu vermeiden, wenn die Buchhaltungsregeln noch engmaschiger werden, wenn die Tätigkeit der Revisionsgesellschaften zusätzlichen Kontrollen unterworfen sein wird, wenn mittels aller möglicher Committees die Machtverhältnisse ausgeglichen werden und die Verantwortung damit sozialisiert wird? Sind Terroranschläge wie am 11. September 2001 tatsächlich vermeidbar, indem man, wie das der sogenannte „Patriot Act“ festlegte, alle möglichen Finanz- und Gütertransaktionen strikten, zum Teil absurden Kontrollen unterzieht, indem man die Personenkontrollen an den Grenzen soweit treibt, dass man als Tourist die Vereinigten Staaten fortan meidet, oder indem man andere souveräne Staaten zur Anwendung amerikanischer Rechtsauffassungen drängt?

Prävention produziert *Nebenwirkungen*, die schnell einmal zu *Haupteffekten* werden können. Prävention kann zudem, wenn die Kausalitäten nicht ganz offensichtlich sind, in ihrer Hauptzielrichtung wirkungslos, ja kontraproduktiv sein. Aber: Präventive Massnahmen haben in der Folge von Katastrophen und Krisen den Vorteil, dass man „etwas“ gemacht hat. Sie sind medienwirksam, wirken beruhigend und sind deshalb im politischen Sektor beliebt.

#### **4. Was hat das mit der Küste von England zu tun?**

Wenn wir es richtig sehen, dann glauben wir feststellen zu können, dass all die beschriebenen krisenhaften Entwicklungen der letzten Jahre eine Systemreaktion ausgelöst haben, die genau in Richtung vermehrter und verbesserter Prävention geht und die ihresgleichen sucht. Buchhaltungsstandards werden angepasst, Regelwerke zur Corporate Governance geschrieben, Zulassungsregeln für Börsen revidiert. Unter dem Stichwort „Basel II“ wird versucht, unter riesi-

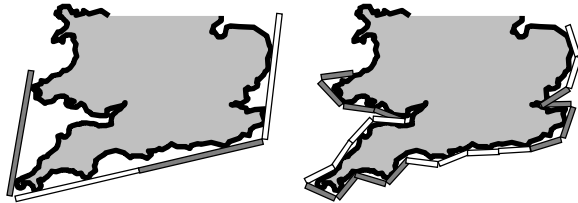
gen Anstrengungen die Bankschuldner zu systematisieren, um fortan die Sicherheitsbedürfnisse der Regulatoren und die Renditevorstellungen der Banken besser in Übereinstimmung zu bringen. Mit einer Verordnung von 39 Anhaltspunkten wird in der Schweiz versucht, dem Geldwäschereiproblem noch besser gerecht zu werden und der Deponierung unerwünschter Gelder in der Schweiz noch besser vorzubeugen. „Vision Zero“ ist nicht nur eine Zielvorstellung des hiesigen Verkehrsministers, sondern auch der Eidgenössischen Bankenkommission. Man stellt sich vor, auf alle Zeiten hinaus einen „sauberen“ Finanzplatz schaffen zu können. Terrorprävention durchzieht als Thema sämtliche Justizministerien der Welt, und unter dem Titel des Kriegs gegen den Terror werden riesige Datenbanken geäufnet und gepflegt, Datenbanken, in denen bald einmal jeder Lausbube, der eine Knallpetarde in einem Briefkasten deponiert hat, als „terrorverdächtig“ fichiert wird.

Das grosse Modewort im Rahmen dieser emsigen Betätigung zur Prävention allen denkbaren und undenkbaren künftigen Ungemachs heisst „Informationsaustausch“. Wo es Datenbanken auf dieser Welt gibt, sollen diese geöffnet und den höheren Zwecken der Prävention anbefohlen werden. Denn es könnte ja sein, dass man zusätzliche Aufschlüsse erhielte, dass gerade das kleine Bit an Information erschlossen werden könnte, das noch fehlt, um auf dem Weg zu noch besserer Prävention wieder ein Stück weiterzukommen. Für viele, und darunter sind nicht wenige Schweizer Bankkunden, denen die Privatsphäre immer noch etwas bedeutet, sind solche Entwicklungen selbstverständlich ein Greuel. Im folgenden soll aber gezeigt werden, dass die beschriebenen Anstrengungen nicht nur in ihren Nebeneffekten des Verlustes der Privatsphäre bedenklich sind, sondern dass sie aus theoretischen Gründen in die Irre führen müssen und riesige volkswirtschaftliche Kosten nach sich ziehen.

Im Jahre 1967 veröffentlichte der Mathematiker *Benoit Mandelbrot* einen bahnbrechenden Artikel über die Frage, wie lange denn die Küste von England wirklich sei. Eine einfache Frage? Mitnichten. Auf einer grossmassstäblichen Karte kann man die Küstenlinie mit einem Zirkel und einem Lineal einfach messen. Man übergeht dann aber wegen der Grossmassstäblichkeit viele Buchten und Riffe. Nimmt man genauere Karten der Royal Geographical Society zur Hand, dann kann man selbstverständlich die Feinheiten der englischen Küste viel besser berücksichtigen, allerdings mit dem Resultat, dass die Strecke

bedeutend länger wird. Setzt man das Bemühen um mehr Genauigkeit fort, kurvt man also sozusagen um jedes Kieselsteinchen und um jedes Sandkorn herum, dann wird die englische Küste unendlich lang. Und noch etwas: Die Messfehler häufen sich derart, dass das Resultat unerheblich wird.

#### Ist genauer genauer?



Quelle: eigene Darstellung

Mandelbrots englische Küste betrifft, mathematisch gesprochen, eine Kurve, ein eindimensionales Objekt also, das sich durch seinen verschlungenen Verlauf einer zweiten Dimension annähert. Auf Mandelbrots Arbeit folgten von anderen Mathematikern Untersuchungen zur Messung dreidimensionaler Objekte, zum Beispiel von Schneeflocken. Die Messung bis auf molekulare Ebene hinunter bringt zur Bestimmung des Ausmasses der Flocke nicht nur nichts, sondern erhöht auch da den Messfehler soweit, dass keine Aussagekraft mehr besteht. Jede nachfolgende Messung würde grosse Abweichungen zeitigen. Wenn wir nun nicht nur an Schneeflocken, sondern an gesellschaftliche und wirtschaftliche Objekte denken, dann dürfte auch für diese zutreffen, dass zusätzliche Messgenauigkeit eher kontraproduktiv ist. Die Informationsflut geht schlicht in Richtung Unendlichkeit, und die Zunahme der Aussagekraft strebt gegen null. Kurz nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wiesen wir auf die Gefahr von „Total Control“ hin, und dies nicht nur im Hinblick auf den Verlust an Privatsphäre der kontrollierten Bürger dieser Welt, sondern bezüglich der nicht zu bewältigenden Informationsflut, die relevante Resultate unwahrscheinlich macht. Die fraktalgeometrische Argumentation nach Mandelbrot scheint uns diesen Standpunkt theoretisch, der eklatante Misserfolg der bisherigen Anstrengungen der Amerikaner in ihrem „War Against Terrorism“ praktisch zu bestätigen: So geht es offensichtlich nicht.

#### 5. Die Mess-Euphorie als Teil des Wirtschaftswachstums?

Für Prävention im weitesten Sinne werden in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft hohe Anstrengungen unternommen. Die Absicht ist klar und das Bemühen verständlich: Man will sich

gegen alle möglichen künftigen Unwägbarkeiten absichern. Durch die Erhebung von immer mehr und immer mikroskopischer werdender Daten wird versucht, die Welt als solche zu verstehen und ihren Gang prognostizierbarer zu machen. Es ist gewiss kaum übertrieben, wenn man den Anteil der Datenerhebung, des Messens und der Datenauswertung an der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit in den westlichen Industrieländern auf mindestens 30 Prozent schätzt. Ganze Berufszweige, beispielsweise derjenige der Revisoren und der Aufsichtsbehörden, sind vollumfänglich damit beschäftigt. Wer seinen eigenen Tagesablauf und auch seine Tätigkeiten im Verlaufe eines Geschäftsjahrs analysiert, wird un schwer auf einen mindestens 30-prozentigen Anteil an Datenerheben, Messen und Datenauswertung kommen.

Das Resultat solcher Mühen sind Businesspläne mit Pseudogenauigkeiten in der dritten Stelle nach dem Komma, sind Finanzanalysen mit ganzen Datenfriedhöfen im Anhang, sind Quartals-, ja bald einmal Monatsberichterstattungen in Buchdicke, sind Regulative für Geschäftsvorgänge mit hunderten von Artikeln, sind Erhebungsbögen für alle möglichen und unmöglichen Verrichtungen, die in immer kürzeren Intervallen ausgefüllt werden müssen. „Controlling“, „Corporate Governance“, „Wirkungsorientierte Führung“ im Staat, Qualitätsmanagement, Personalqualifikationen, undsoweiter undsofort: Alle diese Tätigkeiten laufen im wesentlichen darauf hinaus, die Küste von England bis aufs Sandkorn hinunter zu vermessen. *Die Kosten sind enorm, das Resultat bedeutungslos.* Die Kenntnis und die Regulierung im Detail versperrt die Sicht aufs Ganze und verhindert dessen Kontrolle.

Konkret: Da geht man beispielsweise hin und führt im ehrenwerten Bemühen, die Abläufe und die Dienstleistungen in einem Spital wesentlich zu verbessern, ein Qualitätsmanagementsystem ein. Man nimmt an, dadurch mehr und besser zu wissen, was gut läuft und was ein wenig schlechter. Und man will das Spitalmanagement auf diesem Wege natürlich in die Lage versetzen, die Prozesse zu optimieren. Wer kann da schon etwas dagegen haben? In der Praxis sehen die Dinge dann aber oft wesentlich weniger positiv aus. Die Krankenschwestern konzentrieren ihre Tätigkeit fortan nicht mehr auf die Pflege ihrer Patienten, sondern aufs korrekte Ausfüllen von Formularen. Die Ärzte werden nicht mehr an ihren medizinischen, schon gar nicht an ihren menschlichen Fähigkeiten gemessen, sondern an irgendwelchen Quotienten, deren Optimierung

sie fortan suchen. Das Spitalmanagement schliesslich bewegt sich nicht mehr auf den Abteilungen und Stationen, sondern schliesst sich im Büro ein, um die vielen erhobenen Daten zu studieren und zu verstehen versuchen. Am Ende muss man Betriebspsychologen und Mediatoren einstellen, weil niemand mehr miteinander spricht, sondern nur noch Daten ausgetauscht werden.

Im Bankwesen verspricht man sich, wie oben angetönt, viel von der Einführung neuer Eigenmittelvorschriften. Unter dem Titel von „Basel II“ soll ein Regelwerk die Bereitstellung von Reserven durch die Banken „risikogerecht“ flexibler gestalten. Bis anhin galt gemäss dem Akkord von „Basel I“ eine einheitliche Unterlegungspflicht von ausstehenden Krediten durch eigene Mittel der Bank in der Höhe von 8 Prozent. Das Ansinnen, von diesem einheitlichen und undifferenzierten Unterlegungssatz wegzukommen, ist an sich sehr ehrenwert und insgesamt auch sinnvoll. Nur: Wenn fortan „risikogerecht“ unterlegt werden soll und darf – für bessere Schuldner also weniger, für schlechtere mehr Eigenmittel verlangt werden – dann setzt dies voraus, dass man die Risiken im einzelnen definiert und, wie könnte es anders sein, misst. „Basel II“ ist deshalb von einem Regelwerk von ursprünglich 30 Seiten zu einem über 600-seitigen Buch angeschwollen, und ein Ende der Normierungswut ist nicht absehbar. Die Auswirkungen und die volkswirtschaftlichen Kosten sind in diesem Falle bereits spürbar. In Vorwegnahme der vorgesehenen Einführung von „Basel II“ im Jahre 2006 sind namentlich die Grossbanken darangegangen, ihr Kreditportefeuille zu überarbeiten. Die Schuldner wurden im Zuge dieser Arbeiten mit einer nach möglichst objektiven Kriterien gestalteten Kategorisierung konfrontiert, und selbstverständlich versuchten die Banken gleichzeitig, einen der Kategorie angepassten, „risikogerechten“ Zinssatz durchzusetzen. Das alles ist ja nicht falsch. Aber es könnte sein, dass die Nebenwirkungen dieser Anstrengungen gravierender sein werden, als der ursprünglich anvisierte Zweck positiv wäre. Weshalb?

Erstens sind Kategorisierungen im Kreditgeschäft als solche problematisch. Man kann über den Schuldner noch so viele Daten erheben und Auswertungen durchführen – ob das Kreditverhältnis ein erfolgreiches sein wird oder nicht, ist dennoch schwierig vorauszusagen. Denn der Erfolg des Verhältnisses hängt nicht vom Schuldner allein ab. Wer Kredit („credere“ heisst auf deutsch „glauben“! Es leitet sich wiederum von *cor dare* ab – Herz geben) gewährt,

eröffnet ein zweiseitiges Verhältnis, das idealerweise von gegenseitigem Vertrauen geprägt sein sollte. Der Versuch zur Kategorisierung von Schuldnern nach objektivierbaren Kriterien ist deshalb etwa so untauglich, wie wenn man sich anschickte, sämtliche Frauen – aber nur sie, die Männer hingegen nicht – auf ihre Ehefähigkeit hin zu prüfen und Risikokategorien bezüglich künftiger Scheidungswahrscheinlichkeit zu bilden. Das ist absurd.

Zweitens führt die Kategorisierung nach möglichst objektivierbaren Kriterien dazu, dass sich die für einen Kreditentscheid Verantwortlichen hinter einem Datenberg verstecken können. Der letztlich notwendigerweise subjektive Entscheid wird durch pseudogenaues Datenmaterial verbrämt, dicke und perfekt gestaltete, von irgendwelchen Revisoren oder Controllern noch zusätzlich abgeseignete Dokumentationen stellen sicher, dass der Entscheid unangreifbar gemacht werden soll. Im Englischen gibt es für diesen Vorgang das schöne Wort „Ass-Covering“, ein Sich-Absichern-Wollen gegen den möglichen Vorwurf, eine Fehlbeurteilung oder einen Fehlentscheid getroffen zu haben.

Die Krankenschwester, der Chefarzt, das Spitalmanagement, der Kreditsachbearbeiter der Bank, seine Vorgesetzten, die Revisoren, die Aufsichtsbehörden – sie alle sind getrieben vom Bedürfnis des „Ass-Covering“ und erheben zu diesem Zwecke Daten, messen und kompilieren alles mögliche und unmögliche, stellen die Ergebnisse auf immer neue Art dar, zeigen auf, wie wichtig just diese Tätigkeit ist – und haben am Schluss immer weniger Zeit für ihren eigentlichen Auftrag. Was für Spitäler und Banken gilt, trifft generell für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu. Mehr Daten, mehr Details, mehr und mehr Information – sind wir am Ende gescheiter oder sitzen wir nur einer gewaltigen Illusion auf? Und opfern wir allenfalls dieser Illusion einen wesentlichen Teil unseres Wachstumspotentials?

## **6. Die Verweigerung gegenüber der Unsicherheit**

Prävention soll uns vor künftigen Krisen und Katastrophen bewahren. Das Bedürfnis ist, wie schon gesagt, begreiflich, und die diesbezüglichen Bemühungen sind ehrenwert, zum Teil gewiss auch erfolversprechend. Das grosse Aber geht in zwei Richtungen: Erstens können die Kosten die Vorteile bei weitem übersteigen, zweitens besteht die Gefahr, just das Gegenteil zu erreichen. Weshalb? Weil hinter der Idee der Prävention eine gefährliche Gläubigkeit steckt. Die Illusion besteht darin, zu glauben, dass es

wegen Prävention keine künftigen Krisen und Katastrophen mehr geben kann. Nichts könnte irriger sein.

Jegliche menschliche Tätigkeit ist von Unsicherheit geprägt. Ob ein Spital betrieben wird oder ob man es mit Kreditkunden zu tun hat oder ob eine Unternehmung wie Enron geführt wird oder ob eine staatliche Behörde ihre Sicherheitspolitik formuliert: Sicherheit gibt es nicht. Auf Schritt und Tritt verfolgt uns die Möglichkeit, Fehler zu begehen. Auf Schritt und Tritt verfolgt uns die Möglichkeit, dass alles, aus Zufall, völlig anders herauskommen könnte. Sicherheit gibt es nicht. Dies deshalb, weil wir nie alles wissen können. Die Informationskompilierungswut, unter der wir zusehends leiden, will im Grunde genommen dieses Wissensmanko bekämpfen. Zurecht! Aber, wie wir glauben dargelegt zu haben, schafft zusätzliches Datenerheben und Messen, zusätzliches Objektivieren und Auswerten, keinen besseren, sondern einen unter Umständen deutlich schlechteren Wissensstand.

Die Erkenntnis, dass man sich, grundsätzlich sehr *wenig wissend* und grundsätzlich *noch weniger verstehend*, immer damit abfinden muss, in Zukunft von Entwicklungen überrascht zu werden, die man so oder in dieser Stärke nicht erwartet hätte, hat weitestgehende Implikationen im Hinblick auf die eigene Tätigkeit – zum Beispiel als Anleger in den von Wahrscheinlichkeiten und keinerlei Sicherheiten geprägten Finanzmärkten. Nichts gegen die emsige Ameisen-tätigkeit von Finanzanalysten, nichts gegen noch so wohldokumentierte Strategiesitzungen, nichts gegen die immer dickeren Bücher, mit denen die vergangene Anlagetätigkeit erklärt und teilweise entschuldigt wird (man bezeichnet dies mit „Performance Review“ und versieht einzelne Elemente detailbesessen mit „Performance Attribution“): Vor der widerlichen Erkenntnis, dass es keine Sicherheit geben kann in diesem Geschäft, gibt es kein Entrinnen, und sei es, dass die Papierberge ins Unendliche wüchsen. Und weil man es mit Wahrscheinlichkeiten zu tun hat, weil also Entwicklungen eintreten können, die man so nicht haben möchte, muss man dann eben dafür sorgen, dass solche einen nicht gerade an den Rand der Existenz bringen. Als Konsequenz hält man sich beispielsweise ein genügendes Reservepolster, oder man investiert nur Mittel, die man nicht wirklich nötig hat, in notorisch risikoreiche Anlagen wie Aktien. Das sind einfache Entscheide, die keine Papierberge erfordern. Das Papier dient nur dem Ass-Covering von Beratern, die keine Entscheidungsverantwortung tragen wollen.

Die Aufgabe der Verweigerungshaltung gegenüber Unsicherheit und fehlerhaften Entwicklungen würde selbstverständlich vor allem im staatlichen Bereich die Dinge auf den Kopf stellen. Hier sind es ja nicht nur die geschätzten 30 Prozent der Tätigkeit, die Datenerhebung, Messen, Kompilierung und Kontrolle betreffen, sondern bei weitem mehr. Kein Amt, das sich nicht sehr elegant durch diese Aktivitäten zu rechtfertigen versuchte. Durch das Ausufern des Staates in eigentlich privatwirtschaftliche Domänen, also in Bereiche, in denen grundsätzlich produziert und nicht nur verwaltet werden sollte, erweist sich das auf „Sicherheit“, auf Ass-Covering ausgelegte System als besonders verheerend. Und wenn dann – wie könnte dies auch anders sein? – dennoch Fehlentwicklungen passieren, dann kann sich jedermann hinter den sorgsam zusammengetragenen Datenbergen verstecken. Weil das System praktisch ausschliesslich auf Ass-Covering ausgelegt ist, erweist es sich auch als besonders resistent gegenüber sich ankündigendem Unheil, weshalb es dann geschieht, dass Brücken an unsinnigen Orten gebaut werden, die Kosten von Tunnels völlig aus dem Ruder laufen oder kapitalvernichtende Fluggesellschaften unterstützt werden.

Die klassischen staatlichen Aufgaben waren anders gemeint und deshalb auch anders organisiert. Die Feuerwehr war da, weil man mit der Wahrscheinlichkeit von Bränden rechnete und sich nicht auf präventive Massnahmen verliess. Die Polizei wurde im Wissen darum geschaffen, dass es immer wieder Mitbürger geben wird, die sich so verhalten, dass staatliche Gewaltanwendung notwendig wird. Das Militär hatte die Aufgabe, für den – wenig wahrscheinlichen – Fall einer drastischen Gefährdung der äusseren und inneren Sicherheit bereitzustehen. Der Zivilschutz hatte den Auftrag, im Falle einer Katastrophe – deren Eintreten man eine gewisse Wahrscheinlichkeit zuordnete – aufräumen zu können. Die Notenbank hatte die Aufgabe, die Konvertibilität der Landeswährung durch entsprechende Reservehaltung auch in Extremfällen sicherzustellen. Alle diese wichtigen, mit Wahrscheinlichkeiten rechnenden und auf Wahrscheinlichkeiten ausgerichteten Tätigkeiten machen heute aber nur noch einen Bruchteil der gesamten staatlichen Aktivitäten aus.

Die Verdrängung der Wahrscheinlichkeit, die Verweigerung gegenüber des Sich-Abfinden-Müssens mit möglichen Krisen und Katastrophen, der Aufbau einer gigantischen Illusion von mehr Sicherheit durch mehr Datenerhebungen und mehr Messungen ist einer der Megatrends

unserer Zeit. Er führt nicht nur in die Irre. Seine Kosten belasten das Gedeihen von Wirtschaft und Gesellschaft. Das Krebsgeschwür hat die heutigen staatlichen Strukturen schon weitgehend erfasst und droht nun, durch immer neue Regulation, durch immer mehr Berater- und Kontrolltätigkeit und durch eine Unternehmenskultur, welche Gewissheiten und Pseudogenauigkeit vor Entscheidungsfreude und Risikobewusstsein stellt, die Wirtschaft in den westlichen Industrieländern in den Griff zu bekommen. Man meint, alles im Griff zu haben, und wird eines Tages merken, dass man sich im Griff eines immer weiter um sich greifenden, lähmenden Ungeheuers befindet.

## 7. Gegenstrategien

Zugegebenermassen sind das alles nicht gerade erbauliche Gedanken zum Jahresende. In der Tat ist nicht abzusehen, dass der *Megatrend* des „Alles-im-Griff-Haben-Wollens“ so bald gebrochen würde. Ganz im Gegenteil. Die USA ziehen Schlinge um Schlinge gegen vermeintliche oder tatsächliche Terrornester, die OECD versucht zum x-ten Mal, den Informationsaustausch in Steuerfragen zu erzwingen, zwischen Brüssel, London und New York sind alle möglichen Komitees zur besseren Regulierung von was auch immer unterwegs, die Revisionsgesellschaften überhäufen uns mit immer neuen Vorschlägen, was alles auch noch in den Griff genommen werden müsste. Und wir selber?

Sind wir, als Anleger oder als deren Berater, bereit, den Verzicht auf immer noch mehr Detailkenntnisse, neue Listen und neue Kennzahlen zu leisten? Sind wir bereit, die Küste Englands im Massstab 1:1'000'000 als für uns relevant zu erachten und auf die Betrachtung von an Riffen vor Cardiff klebenden Miesmuscheln zu verzichten? Sind wir bereit, hinzunehmen, dass Krisen und Katastrophen auch die Zukunft kennzeichnen werden? Das unser investiertes Geld *at risk* ist?

Rendite und Risiko stehen in einem ursächlichen Zusammenhang. Jede Anlagestrategie, die diesem Zusammenhang durch Vertuschung mittels grosser Papierberge auszuweichen versucht, wird scheitern müssen. Die Vermeidung diesbezüglicher Illusionen ist der Schlüsselfaktor für den Erfolg der Anlagetätigkeit. Ist das gefährlich? Grundsätzlich schon, im Spezifischen und momentan aber eher nicht. Denn die Tatsache, dass die Welt und die Finanzmärkte im besonderen in den letzten paar Jahren einiges alles andere als „im Griff“ gehabt haben, dass also Krisen und

Katastrophen effektiv stattgefunden haben, kann ja auch positiv gedeutet werden. Unter dem Eindruck dieser Ereignisse dürften die Märkte derzeit ziemlich illusionslos sein; damit ist das sogenannte „Downside Risk“ natürlich auch eher beschränkt.

Illusionäre Zustände sind nicht nachhaltig; sie werden durch Krisen beendet. So wird es auch der Datenerhebungs- und Messwert unserer Tage nicht besser gehen. Bald einmal dürfte klar werden, dass die bisherige Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus nicht greift. Die Krise, hoffentlich nicht zur Katastrophe werdend, ist in diesem Bereich schon greifbar. Man wird sich auf neue Konzepte einigen müssen. Vielleicht wird man beispielsweise sehen, wie der menschliche Körper auf Infektionen reagiert. Und das Prinzip der T-Killer-Zellen der Breitband-Chemotherapie durch Totalkontrolle vorziehen.

Remedur gegen die Vorstellung, „alles im Griff haben zu wollen“, indem man alles zu wissen und zu kontrollieren versucht, ist auch auf der privatwirtschaftlichen Seite angesagt. Die Wirtschaft muss rentieren, und mit hohen Revisionsrechnungen und absurden Personalkosten für die Kontrolleure der Kontrolleure und mit dem lähmenden „Ass-Covering“ auf allen Stufen wird man das auf die Länge nicht können. Unternehmen, die diese Art von Unternehmenskultur meiden und zurückbinden, werden erfolgreicher sein als andere. Desgleichen Länder, die durch ein weises, grosszügiges Regulierungskorsett die Vernunft obsiegen lassen. Der Kampf um günstige Rahmenbedingungen hat erst begonnen.

Bleiben die staatlichen Strukturen. Werden die miesen finanziellen Bedingungen, in welchen sich die meisten öffentlichen Haushalte befinden, dem Wahnsinn der Datenflut und der Datenkontrolle ein Ende bereiten? Oder sterben Dinosaurier anders? Am Ende geht es in dieser Frage um die Freiheit. Der amerikanische Ökonom Milton Friedman äusserte sich dazu in einem Interview in der Weltwoche (vom 17.2.1994) wie folgt:

*„...ich bin optimistisch, dass die Menschen überall Wege finden werden, um die Reglementierungen des Staats zu umgehen. Wenn die Freiheit überhaupt rettbar ist, dann nur durch die Untergrund-Ökonomien, durch Schwarzmärkte, durch nichtformelles Wirtschaften, durch die Schattenwirtschaft.“*

Da gibt es nichts beizufügen.

KH, 1.12.2003